

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2014

DORT, WO DIE MENSCHEN WOHNEN: DIE BELANGE DER KOMMUNEN ZUKUNFTSFEST GESTALTEN

07.01.2014

Leistungsfähige Kommunen sind wichtig für die Zukunft Deutschlands. Die Kommunen sind der Ort, wo die Menschen wohnen, wo sie beheimatet und verwurzelt sind. Die Kommunen sind der Ort, wo wichtige Weichen für Lebens- und Standortqualität gestellt werden. Bayern ist nicht zuletzt deshalb ein so erfolgreiches Bundesland, weil hier die Menschen besonders stark in ihren Kommunen verwurzelt sind. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nimmt seit jeher die Anliegen der Menschen und der Kommunen ernst und bietet Lösungen für die Herausforderungen vor Ort an.

In den letzten Jahren haben wir bereits viel unternommen, um die Kommunen finanziell zu entlasten. So hat der Bund von den Kommunen die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernommen, das summiert sich für den Zeitraum 2012 – 2016 auf 18,5 MRD Euro. Weitere Entlastungen sind bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, zum Beispiel durch das geplante Bundesleistungsgesetz oder durch die Städtebauförderung. Auch im Hinblick auf das Zusammenwirken mit der europäischen Ebene stehen wir an der Seite der Kommunen. Deshalb haben wir bei den Koalitionsverhandlungen Wert darauf gelegt, dass die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips beachtet wird. Aufgaben müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können. Damit wird der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gestärkt. Gerade Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung sind bei den Kommunen gut aufgehoben.

Auch in Zukunft setzen wir auf eine kommunalfreundliche Politik, die den Menschen und seine Heimat in den Mittelpunkt stellt. Die Kommunen sehen sich heute einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber, beispielsweise in den Bereichen Demografie, Infrastruktur und Migration. Nur durch ein konsequentes Zusammenwirken aller politischen Ebenen wird es möglich sein, die Belange der Kommunen zukunftsfest zu gestalten.

Kommunen beim demografischen Wandel unterstützen

Zu den größten Herausforderungen, vor denen die Kommunen in Zukunft stehen, gehört der demografische Wandel. Gerade auf der kommunalen Ebene sind Antworten auf den demografischen Wandel essentiell. Denn in Zukunft werden einem stetig wachsenden älteren Bevölkerungsanteil immer weniger jüngere Menschen gegenüberstehen. Langfristig betrachtet werden viele Kommunen mit sinkenden Bevölkerungszahlen zu rechnen haben. Darauf müssen sich die Kommunen schon jetzt einstellen. Sie müssen bei vielen Entscheidungen vor Ort schon jetzt die sinkende Bevölkerungszahl und die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung in ihre Überlegungen einbeziehen.

Ein „Patentrezept“ hierfür gibt es nicht. Mit dem von uns angestrebten Ausbau des Demografie-Portals des Bundes und der Länder fördern wir den Austausch von Informationen und Erfahrungen über gelungene Strategien und Ansätze vor Ort. Darüber hinaus werden wir die Demografiestrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2012 weiterhin konsequent umsetzen.

Ein dringliches Thema ist auch die Pflege von hilfsbedürftigen, insbesondere älteren, Menschen. Wir wollen durch städteplanerische Instrumente Sozialräume so entwickeln, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Mehrgenerationenhäuser bieten hierfür eine Anlaufstelle. Hier kommen Menschen aus verschiedenen Altersgruppen zusammen und helfen sich gegenseitig. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nehmen solche Projekte an Wichtigkeit zu. Deshalb wollen wir die Mehrgenerationenhäuser weiter fördern. Wir werden die Kommunen, die hier vielfach bereits hohe Anfangsinvestitionen getätigt haben, nicht im Stich lassen.

Für die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist und bleibt die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Sie verdient unseren besonderen Schutz. Obwohl es sich nicht um eine originäre Aufgabe des Bundes handelt, unterstützt der Bund den Ausbau der Kleinkindbetreuung mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro. Die Städte und Gemeinden haben bereits große Anstrengungen unternommen, um mehr Betreuungsplätze in den Kindertagesstätten zu schaffen. Wir stehen auch weiterhin zu unserem Wort und werden daher ein drittes Investitionsprogramm zum Ausbau der Kindertagesstätten auflegen.

Kommunen vorausschauend entwickeln

Vor allem in Ballungsgebieten besteht ein wachsender Bedarf an Wohnraum. Aufgrund der Reform der Bundeswehr sind in vielen Kommunen Liegenschaften frei geworden. Hier haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass Kommunen Konversionsliegenschaften für am Gemeinwohl orientierte Vorhaben in Zukunft verbilligt erwerben können. Mit der Umsetzung dieses Vorhabens werden wir einen wesentlichen Beitrag zur Fortsetzung der nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Auch im Bereich der Integration ist eine vorausschauende Stadtentwicklung ein wichtiges Instrument zur Gestaltung des Zusammenlebens. Programme in der Städtebauförderung und Stadtentwicklung helfen, die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Förderprogramme des Bundes im Bereich Städtebauförderung, beispielsweise das Programm „Soziale Stadt“, aufgestockt und den Kommunen zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus streben wir zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Wohnortqualität eine Verbesserung des Lärmschutzes in Wohngegenden, vor allem bei Schienenwegen, an. Durch die Anpassung und Vereinheitlichung bei der Berechnung von Lärmbelastungswerten werden wir dafür sorgen, dass Lärmbeeinträchtigungen der Bürger – gerade auch in der Nacht – verringert werden. Die Mittel für die Lärmschutzprogramme im Bereich Straße und Schiene werden wir erhöhen.

Attraktivität von Kommunen stärken

Die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung stellt die Kommunen vor Herausforderungen. Wichtig für die Attraktivität von Kommunen ist daher eine verlässliche und entwicklungsfähige Infrastruktur. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag fordert, den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auch nach 2019 mit Entflechtungsmitteln zu unterstützen. Diese Mittel dürfen auch nach dem Ende der Zweckbindung nur für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verwendet werden. Dies müssen die Länder sicherstellen. Ein leistungs- und zukunftsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr ist in ländlichen Regionen wie in Großstädten erforderlich.

Zudem sorgen wir für einen zügigen und flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung. Damit werden Innovation, Wachstum und Beschäftigung weiter gestärkt – Faktoren die für jede einzelne Kommune, aber auch für das gesamte Land wesentlich sind.

Finanzielle Spielräume für Kommunen sichern

Eine der grundlegenden Aufgaben der Kommunen ist die Daseinsvorsorge. Sie ist maßgeblich für die Lebensqualität der Menschen vor Ort. Die hierfür erforderliche Handlungsfähigkeit war in den letzten Jahren gefährdet. Der Bund übernimmt daher zum Beispiel die Kosten für die Grundsicherung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich dafür ein, dass im Wege eines Bundesleistungsgesetzes die Kommunen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung deutlich entlastet werden. Vorgesehen ist nach Inkrafttreten des Gesetzes eine jährliche Entlastung um 5 Milliarden Euro. Übergangsweise sollen die Kommunen bereits mit einer Milliarde jährlich entlastet werden. Wir werden zudem die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zügig zur „Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ weiterentwickeln und damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung leisten.

Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Die Verwaltungszusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften ist ein effektives Mittel der Bündelung von Ressourcen und Fähigkeiten. Durch interkommunale Zusammenarbeit lassen sich sowohl der Einsatz von technischen Mitteln als auch das Dienstleistungsangebot der Verwaltungen optimieren. Der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist die konsequente Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit ein wichtiges Anliegen. Um die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften weiterhin sicherzustellen, setzen wir uns dafür ein, dass die interkommunale Zusammenarbeit nicht durch steuerrechtliche Hürden ausgeschlossen wird. Wir werden daher auch auf EU-Ebene darauf hinwirken, dass kommunale Beistandsleistungen von der Umsatzsteuer befreit werden.

Steuerliche Einnahmequellen der Kommunen sichern

Steuern sind die wesentlichen Einnahmequellen der Kommunen. Um für die Kommunen eine langfristige und möglichst stabile Planbarkeit sicherzustellen, wollen wir die Gewerbesteuer als Einnahmequelle erhalten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Modernisierung der Grundsteuer ein. Das Hebesatzrecht der Kommunen soll dabei erhalten bleiben. Im Hinblick auf die Erbschaftsteuer bleibt es weiterhin unser Anliegen eine Regionalisierung zu erreichen. Die angemessene und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen werden wir darüber hinaus zum Gegenstand der geplanten Föderalismuskommission machen. Für uns ist es dabei wichtig, dass die Kommunen an den Verhandlungen beteiligt werden sollten. So wird nicht nur über sie geredet, sondern sie können selbst mitentscheiden.

Keine Armutsmigration in die Kommunen begünstigen

Wir stehen zur Freizügigkeit in der EU. Eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme lehnen wir jedoch ab. Der fortgesetzte Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung gefährdet nicht nur die Akzeptanz der Freizügigkeit bei den Bürgern, sondern bringt auch Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Wir werden falsche Anreize zur Zuwanderung verringern und streben nationale und europäische Lösungen zur Verhinderung von Missbrauch an. In diesem Zusammenhang prüfen wir eine generelle Aussetzung des Bezuges von

Sozialleistungen für die ersten drei Monate des Aufenthaltes in Deutschland. Darüber hinaus werden wir die Kommunen dabei unterstützen, Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit zu bekämpfen sowie die Verhängung von Wiedereinreiseperrern ermöglichen. Wenn beispielsweise Dokumente gefälscht wurden oder Sozialleistungsbetrug nachgewiesen wurde, muss es eine Möglichkeit geben, die betroffenen Personen nicht nur auszuweisen, sondern auch an der Wiedereinreise zu hindern. Hier muss gelten: „Wer betrügt, der fliegt.“ Gleichzeitig sind die Kommunen aber auch selbst gefordert, ihren Verwaltungsvollzug und die Zusammenarbeit mit dem Zoll zu verbessern.

Kommunen sicherer machen

Wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in den Kommunen ist deren Sicherheit. Uns ist es daher ein großes Anliegen, dass alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen, Bahnen und auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher sind. Bekannte Kriminalitätsschwerpunkte sind mit Videokameras technisch zu überwachen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Schutz vor Einbruchskriminalität durch verstärkte Polizeipräsenz verbessert wird.

Schutz für die Einsatz- und Rettungskräfte in den Kommunen verbessern

Einsatzkräfte und Rettungskräfte sehen sich in zunehmendem Maße gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Der Schutz derjenigen, die bei ihren Einsätzen ihr Leben für die Allgemeinheit riskieren, muss daher verbessert werden. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird sich für eine Verbesserung des Schutzes von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und anderen Einsatz- und Rettungskräften durch eine weitere Verschärfung im Strafrecht einsetzen.